

«Die medizinische Versorgung im Wallis ist gefährdet»



Monique Lehky Hagen fordert konkrete Massnahmen gegen den Ärzte- und Fachkräftemangel. Bild: pomona.media/Alain Amherd

Nathalie Benelli

Durch eine Petition der Walliser Ärztesgesellschaft und verschiedener Berufsverbände an den Grossen Rat und den Staatsrat des Kantons Wallis sollen Veränderungen im Gesundheitswesen vorangetrieben werden.

Ärzte, die Parolen schreiend durch die Strassen ziehen – so weit soll es im Wallis nicht kommen. Die Gesundheitssysteme in ganz Europa kränkeln. In Frankreich streiken die Hausärzte.

Doch die Präsidentin der Walliser Ärztesgesellschaft Monique Lehky Hagen setzt auf konstruktive Diskussionen an runden Tischen statt auf Streiks. Denn Streiks würden die Patienten und Schwächsten treffen. Das will sie nicht. Trotzdem will Lehky Hagen an den «unhaltbaren Zuständen» etwas verändern.

Lehky Hagen spricht Klartext: «Diverse politische, tarifliche und gesellschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen der vergangenen Jahre haben zu einer Gefährdung der medizinischen Versorgung im Kanton Wallis geführt. Trotz wiederholter Aufrufe, Warnungen und Vorschläge der Walliser Ärztesgesellschaft (VSÄG) wurden bisher keine nennenswerten Massnahmen getroffen.»

Das soll sich nun durch eine Petition ändern.

Gemäss der VSÄG steht das Wallis vor einer kritischen Versorgungssituation. Monique Lehky Hagen benennt die dringenden Probleme: «Patienten müssen immer längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Die Hausarztpraxen sind überlastet. Spezialistenpraxen finden keine Nachfolger. Wegen Personalmangel müssen Operationssäle geschlossen werden. Die

Notfallstationen sind überfüllt. Ärzten und den Gesundheitsfachpersonen fehlt die Zeit für eine optimale Patientenbetreuung.»

Alarm schlagen

Nicht zum ersten Mal schlägt die Walliser Ärztesgesellschaft Alarm. Viel verändert habe sich dennoch nicht. Die Diskussionen seien blockiert worden, sagt Lehy Hagen, und sie kritisiert die Krankenkassen: «Die Verhandlungs- und Tarifblockaden der Krankenkassen verschlechtern zusätzlich die Rahmenbedingungen, die für eine optimal vernetzte Gesundheitsversorgung unerlässlich sind – nicht nur für die Ärzteschaft, sondern für die meisten involvierten Partner des Gesundheitswesens.»

Mit einer Petition fordert die VSÄG den Walliser Grossen Rat und den Staatsrat dazu auf, ab 2023 konkrete Massnahmen gegen den Ärzte- und Fachkräftemangel im Gesundheitswesen einzuleiten.

«Wir wollen mehr Flexibilität und weniger schädliche Überregulierung», sagt Monique Lehy Hagen. Unter anderem solle der Numerus clausus bei der Ärzteausbildung gestoppt werden und auf Bundesebene sollen bei lokalem Bedarf Ausnahmegewilligungen für ausländisches Fachpersonal ausgestellt werden.

Die Walliser Ärztesgesellschaft fordert eine Gleichbehandlung aller Partner des Gesundheitswesens. Monique Lehy Hagen sagt, was sie darunter versteht: «Tarifanpassungen müssen veranlasst werden. Sie müssen den gestiegenen Lohnkosten, der Teuerung und den administrativen Kosten gerecht werden.»

Dies betrifft verschiedene Partner des Gesundheitswesens. Für die niedergelassene Ärzteschaft müsse der Taxpunktwert TARMED mindestens gleich hoch festgesetzt werden wie für das Spital, um die ambulante Versorgung sicherstellen zu können.

«Wir wollen ein konstruktives Miteinander statt gefährlicher Blockaden», sagt Monique Lehy Hagen. Deshalb gelte es genügend Ressourcen und Mittel für die Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen. Es brauche einen Kulturwandel von einer Gesundheitskostenpolitik zu einer echten und nachhaltigen Gesundheitspolitik.

Breit abgestützte Petition

Aufgrund der aktuellen kritischen Lage brauche es einen grundlegenden Kulturwandel und dringende Kurskorrekturen, schreibt die Walliser Ärztesgesellschaft im Petitionstext. Deshalb lanciere die Walliser Ärztesgesellschaft (VSÄG) die Petition für eine hochstehende ambulante Gesundheitsversorgung im Wallis für alle an den Walliser Grossen Rat und den Staatsrat.

Die Petition wird bereits von verschiedenen Berufsverbänden unterstützt, z.B. von den Medizinischen Praxisassistentinnen (ARAM), den Walliser Pflegefachfrauen und -männern (ASI-VS), den Walliser Psychotherapeutinnen und -therapeuten (APW), den Oberwalliser Physiotherapeuten (OPV), Pharmawallis und der Oberwalliser Ärztesgesellschaft (OWAeG).

Monique Lehy Hagen sagt: «Die Bevölkerung hat nun die Möglichkeit, aktiv zu werden und die Petition zu unterschreiben.»

Wenn sich etwas verändern sollte, brauche es dringend einen Kulturwandel im Umgang mit der Problematik und mit den Daten – bei den Krankenkassen und in der Politik.

Konstruktive Gespräche mit allen Gesundheitspartnern an runden Tischen wären unerlässlich. Sie hofft, dass den politischen Vertretern die Dringlichkeit einer neuen Gesundheitspolitik aufgehe, wenn die Petition breit unterstützt werde. Infos unter www.smvs.ch.

«Wir setzen auf konstruktive Diskussionen statt auf Streiks.»

Monique Lehky Hagen
Präsidentin VSÄG
